

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 110. Preis: 1.00 Mark. Abonnement: 1.00 Mark. Einzelhefte: 10 Pfennig.

Regelungspreis für Abgabeposten: 1.00 Mark. Postgebühren: 1.00 Mark. Anzeigenpreis: 1.00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 59

Freitag, den 10. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Wie verlautet, steht die Aufhebung der Stelle des Reichsbeauftragten für die Untersuchung der Ein- und Ausfuhr bevor. Die Geschäfte gehen auf die Zollverwaltung bzw. die Reichsfinanzverwaltung über.

Die alliierte Militärkommission hat gegen das deutsche Militär-Reglement Protest eingelegt.

Das Unterhaus hat den Gesetzentwurf über den englisch-irischen Vertrag in dritter Lesung mit 295 gegen 52 Stimmen angenommen.

Die Zahl der Erwerbslosen in England ist in den letzten vier Wochen um etwa 97 000 auf ungefähr 1 897 000 gesunken.

Die italienische Kammer und der italienische Senat sind zum 15. März einberufen worden.

### Die neue Gemeindeordnung.

#### Die Umarbeitung des Entwurfs durch Lipinski.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt uns: Durch die Presse wird die Nachricht verbreitet, der Minister des Innern habe infolge des Protestes sozialistischer Gemeindevertreter in der letzten Sitzung des Gesamtministeriums den Entwurf einer Gemeindeordnung vollständig fallen gelassen, um ihn nochmals umzuarbeiten. Diese Nachricht ist falsch. Richtig ist folgendes: Am 17. Februar 1922, also vor Jahresfrist, gab der Minister des Innern schriftlich Anweisung für die Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung. In ihr war für die Gestaltung der Gemeindeverwaltung bemerkt:

Die Verfassung der Gemeinden ist, wie in der Landesverfassung, in eine beschließende und eine verwaltende Körperschaft zu trennen. Folgerichtig angewendete Demokratie verteidigt sich weder mit der Autokratie, noch mit dem Zweikammersystem, deshalb kein Ratskammer-System. Die Gemeindeverwaltung soll, wie das Gesamtministerium gegenüber dem Landtag, Vollzugsorgan der Gemeindeversammlung sein. Sie soll ausführliches Organ und beratende und vorbereitende Körperschaft sein, deren Sacharbeiter auf Zeit gewählt werden.

Der nach dieser Anweisung ausgearbeitete Entwurf einer Gemeindeordnung wurde von den Fraktionen der Mehrheit des Landtages verworfen, auch deshalb, weil er nicht weit genug ging. Der Minister beauftragte deshalb den Schriftsteller Fischer mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs, der im entscheidenden § 28 folgende Bestimmung enthält:

Für Vertretung und Verwaltung der Gemeinde wird in jeder Gemeinde ein Gemeinderat gewählt. Dieser besteht aus dem Bürgermeister und den gewählten besoldeten und unbesoldeten Gemeinderatsmitgliedern.

Fischer kam also praktisch auf den Stadtgemeinderat für mittlere und kleine Städte zurück. Die Sozialdemokratische Partei hatte sich auf das Einkörpersystem in den Gemeinden festgelegt und hatte ausdrücklich den Fischerschen Entwurf gebilligt. Von Gemeindevertretern der Unabhängigen Partei wurde aber der berechtigte Einwand erhoben, daß die Zuwahl besoldeter Gemeinderatsmitglieder durch den Gemeinderat eine Umdeutung und Verletzung des direkten Wahlrechtes sei. In § 62 des Fischerschen Entwurfs wurde dem Bürgermeister das Recht gegeben, den Gemeinderat zu berufen und in diesem den Vorsitz zu führen, falls durch Ortsgesetz nichts anderes bestimmt sei. Unter Beachtung obiger Einwendungen wurde dann im Referentenentwurf folgerichtig die Bürgermeisterverschaffung vorgezogen, die in den süddeutschen Staaten und im Rheinland besteht. Der Referentenentwurf wurde Sachverständigen zur Ueberprüfung vorgelegt. Bei der Besprechung wurde von der einen Seite eingewendet, daß hierdurch dem Bürgermeister eine zu große Machtvollkommenheit eingeräumt werde, während von Vertretern großer Städte geltend gemacht wurde, daß sich mit diesem System in Großstädten nicht arbeiten lasse. Es wurde deshalb vom Minister erwogen, ob er seinen ersten Vorschlag nicht wieder aufnehmen sollte. Bei der verschiedenen Auffassung hielt er es aber zunächst für richtig, dem Landtage die Entscheidung dieser Frage zu überlassen und legte dem sehr stark veränderten Referentenentwurf dem Gesamtministerium vor. Es ergab sich für den Minister, daß die Einarbeitung der Trennung von beschließender und verwaltender

Körperschaft so viele Teile des Entwurfs berührte, daß diese Arbeit für den Landtag zu umständlich sein würde. Deshalb schlug der Minister des Innern selbst dem Gesamtministerium vor, die Einarbeitung in die Vorlage vorzunehmen und erst dann den Entwurf dem Landtage zu überreichen. Das Gesamtministerium billigte einstimmig diesen Vorschlag. Der Entwurf einer Gemeindeordnung wird also nur in dieser Beziehung umgearbeitet und dürfte in längstens zwei Wochen dann dem Landtag zugehen.

### Der amerikanische Boykott der Genuefer Konferenz.

Nachdem seit einigen Wochen das politische Frage- und Antwortspiel: kommt Amerika oder kommt es nicht? den mehr oder weniger täglichen Gesprächsstoff gebildet hatte und die Frage selbst heute mit ja oder morgen mit nein beantwortet worden war, ist jetzt endlich die Entscheidung gefallen: Amerika wird in Genua weder als aktiver noch als stummer Mitspieler erscheinen. Wenigstens nicht an der Konferenz, wie sie zurzeit vorsehen ist. Das ist ganz offenbar ein Wind mit dem Hauptstich nach Frankreich, von dem man zwar wohl erwarten kann, daß er dort verstanden, kaum aber, daß er auf die Hartnäckigkeit Polinars einen Einfluß haben ausüben wird, bestimmte Fragen von der Konferenz nicht auszuschließen. Eigentlich kann die amerikanische Antwort niemanden überraschen. Die ganze geistige Einstellung der Vereinigten Staaten und die Reden im amerikanischen Senat in den letzten Monaten haben oft genug gezeigt, daß Amerika ganz und gar nicht gesonnen ist, an dem Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten, so lange die europäischen Staaten nicht selber Hand anlegen, um die Ursachen der wirtschaftlichen Elenden in Europa zu beseitigen. Man darf sagen, daß die Bedingungen in der Note des Washingtoner Kabinetts wohl von der ganzen Welt, mit alleiniger Ausnahme Frankreichs, als Voraussetzung für die Möglichkeit einer Wiedergeburt Europas angesehen werden. Wenn die französische Presse dieser Tage die Rede des deutschen Außenministers Dr. Rathenau besonders im Hinblick darauf gelobt hat, daß Dr. Rathenau die Vereinigten Staaten, die den Krieg und den Frieden entschieden haben, an ihre moralische Verpflichtung zur Mithilfe am Wiederaufbau der alten Welt erinnert hat, so wird man es umgekehrt den Amerikanern nicht beneiden dürfen, wenn sie nicht gesonnen sind, ihr Gold in das bodenlose Faß des französischen Militarismus zu schütten. Man möchte sich gerne der Hoffnung hingeben, daß die Waren und außerordentlich sachlichen Forderungen der amerikanischen Note Frankreich endlich zur Selbstbestimmung bringen und die Erkenntnis reifen lassen, daß ohne die tätige Mithilfe Amerikas weder eine Gesundung Deutschlands noch Frankreichs noch des ganzen alten Europas überhaupt möglich ist; daß diese Mithilfe aber nur geschehen wird, wenn man sich in Frankreich endlich entschließen kann, politische Forderungen zur Seite und die wirtschaftlichen in den Vordergrund zu stellen.

#### Frankreichs Triumph.

##### Die Freunde über die amerikanische Absage.

Die Morning Post meldet aus Paris: Doucheur hat die ihm angetragene Entsendung als Delegierter zur Konferenz von Genua abgelehnt. Auch die Fabre lehnte ab. Doucheur erklärt im Echo eine Erklärung, daß er heute die Genuefer Konferenz für überflüssig hält, nachdem Amerika abgelehnt habe, die Partie mitzumachen.

#### Deutscher Reichstag.

In den Rahmen der dauernd als notwendig verlangten und noch immer nicht recht begonnenen Sparaktion zur Sanierung der Reichsfinanzen gehört auch die Vorlage über die Verwendung der sogenannten Wartegeldempfänger, die gestern im Reichstag zu Beginn der Sitzung dem Ausschuss zur näheren Beratung überlesen wurde. Diese Wartegeldempfänger sind bekanntlich Bekleidungsbeamte, die im Verfolg der Durchführung des Friedensvertrages oder der durch den Ausfall des Krieges bedingten staatlichen Umstellung einwilligen in den Ruhestand versetzt worden sind. Sie fallen nach der Vorlage gebissen sein, bei Verlust ihres Wartegeldes jede vorläufige Tätigkeit im Dienste des Reiches auszuüben, insoweit ihnen diese billigerweise zugemutet werden kann. Dann folgte die zweite Lesung des Branntweinmonopols. Der Ausschuss hatte dazu mehrere ergänzende Vorschläge in Verito, mit denen er verschiedenen in der bisherigen Aussprache geäußerten Wünschen gerecht zu werden glaubt. So sollen die Ge-

meinden befreit sein, auf Brennbrandwein Abgaben zu erheben, wovon also wohl in erster Linie die August-Höfe usw. betroffen werden würden. Ferner soll durch Gesetz die Verwaltungsstelle des Monopolsamts die Gestalt einer Aktiengesellschaft erhalten, und schließlich sollen bezüglich der Entschädigung Abgewanderter aus den entziffenen Gebieten besondere Vorkehrungen getroffen werden. In der Aussprache nahm die Sozialdemokratie noch einmal Gelegenheit, ihrer inneren Abneigung gegen die vorgesehene gesetzliche Neuordnung der Spiritus-erzeugung Ausdruck zu verleihen. Der Abg. Eggerstedt (Soz.) machte eine lange Liste angeblich unerfüllter gebliebener Wünsche seiner Partei auf und schlug noch einmal vor, ein richtiges Monopol zu errichten. Im übrigen tröstete er sich damit, daß die Steuer höhere Erträge liefern werde als man erwarte. Der Zentrum-Abg. Schulz-Gahmen legte das Hauptgewicht darauf, daß der vorgesehene Betrag eine Gewähr für die Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen biete. Von demsnationaler Seite wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Neuordnung die Produktion ebenso wie den Absatz stark beeinträchtigen werde, was denn überhaupt die Juristhaltung gegenüber der Vorlage nach wie vor ziemlich groß war. Demgegenüber betrat der Abg. Dietrich-Baden (Demokrat) mit Recht den Standpunkt, daß wir uns den Luxus eines unrentablen Verfahrens nicht leisten können. Er machte sich weiter den Wunsch der Linken zu eigen, daß die Abwässer der Zellstoff- und Papierfabriken ausgenutzt werden müßten, von denen der Unabhängige Buchta behauptet hatte, daß sie 400 000 Hektoliter Spiritus erbringen würden, was einer Substanzmenge aus 74 Millionen Zentnern Kartoffeln entsprechen würde. Der Abg. Meisch, wies ferner darauf hin, daß man in Baden die sogenannten Schwarzbrenner nicht ohne Erfolg bekämpft habe, und was in Baden möglich war, sollte doch wohl auch im übrigen Reich durchführbar sein. Zusammenfassend forderte Dietrich, daß die Monopolverwaltung mit möglichst geringen Mitteln, aber möglichst gutem technischen Apparat möglichst viel erreichen müsse. Die weitere Aussprache erbrachte Wesentliches nicht mehr. Nachdem noch die Abgg. Herbert-Franken (Wahr. Sp.), Dr. Geher (Kom.) und Hilke (Kom.) gesprochen hatten, brach man sie ab, um sie heute zu Ende zu führen. Vorher soll noch das Gesetz gegen die Kapitalflucht erledigt werden.

#### Sächsischer Landtag.

In der Landtags-Sitzung vom 9. März wurden zunächst einige Wahlen für Sonderausstände vorgenommen und dann eine Reihe von Etatkapiteln erledigt, bei denen sich eine wesentliche Aussprache nicht entwickelte und wobei die Linke des Hauses gegen die Etatkapitel stimmte, die Bewilligungen für kirchliche Zwecke enthielten. Zu einer teilweise lebhaften Auseinandersetzung kam es über eine vom Abg. Friedrich (deutschn.) namens seiner Fraktion gestellten Anfrage über das vom Wirtschaftsminister Feilisch bei der Reichsregierung beantragte

##### Umlageverfahren für Kartoffeln

aus der Ernte 1922. Zur Begründung der Anfrage wurde darauf hingewiesen, daß das Umlageverfahren angeblich eine Wiederaufnahme eines Teiles der Zwangswirtschaft bedeute und letzten Endes nur in einer Produktionsverminderung sich äußern müsse. Wirtschaftsminister Feilisch stellte fest, daß die sächsische Landwirtschaft zum weitestgehenden Teil ihren Ableserungsverpflichtungen nachgekommen und etwa 80 Prozent der Kartoffelernte zu 45-50 Mark abgegeben habe. Das Umlageverfahren solle bezwecken, daß in den übrigen Reichsteilen abgeliefert werden müsse wie in Sachsen. Der demokratische Abg. Claus trat für das Umlageverfahren ein, ebenso auch die Redner der sozialistischen Parteien, während der volksparteiliche Redner sich gegen das Umlageverfahren wandte und auf die Schäden, die die Zwangswirtschaft im Gefolge gehabt haben, hinwies. Dem kommunistischen Redner Krenner wurde, als er sich als Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse auszusprechen suchte, unter lautem Gelächter gesagt, daß er sicher die größten Kartoffeln bauen würde, wenn er Landwirt würde. Zum Schluß wurde noch eine von den Kommunisten gestellte Anfrage wegen der Entlassung der Betriebsratsmitglieder in der Chemnitzer Metallindustrie behandelt. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 16. März, 11 Uhr. Tagesordnung: Haushaltskapitel, Vorgänge in der Altenbacher Blindenanstalt, Vorlage über die Amtsgewalt der Bürgermeister.

#### Kleine politische Meldungen.

Hermes sagt wegen Verleumdung. Die Freiheit behauptet in ihren Nummern 114 und 116, Reichsminister Dr. Hermes habe von einem Wingerverband Weine zu kaufen.